

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾ Beijings gespanntes Verhältnis zu ausländischen Korrespondenten

Nervös geworden durch die Vorgänge in Osteuropa, vor allem aber durch die Ereignisse im Zusammenhang mit dem mißlungenen Putsch in der Sowjetunion (Näheres dazu C.a., August 1991, S.511 ff.), gehen die chinesischen Behörden neuerdings mit ausländischen Journalisten wieder einmal strenger ins Gericht. Anfang September 1991 wurde Andrew Higgins, Korrespondent des britischen *Independent*, wegen "Verstoßes gegen chinesische Gesetze" des Landes verwiesen. Higgins war bei den Behörden schon dadurch unangenehm aufgefallen, daß er ein Buch mit dem Titel "Tiananmen: The Rape of Peking in 1989" publiziert hatte, in dem er die "Big Lie" der chinesischen Regierungspropaganda enthüllen wollte. Higgins führte in dem Buch u.a. aus, daß der 4.Juni in Beijing "was a cynical, calculated spectacle meant to terrify into submission anybody who dared to think that the authority of the party could be challenged". Außerdem hatte Higgins im "Foreign Correspondents' Club" eine Ansprache gehalten, in der er sich ebenfalls kritisch mit der Beijinger Politik auseinandergesetzt hatte.

Offensichtlich suchten die Behörden nach einem Grund, den unangenehmen Kritiker loszuwerden. Zu diesem Zweck warteten sie eine Reise Higgins' nach Shandong ab. Als er in der Hafenstadt Yantai ankam, wurde sein Gepäck am Flughafen durchsucht: Die Polizei, die offensichtlich einen Tip aus Beijing erhalten hatte, fand in seinem Gepäck Dokumente, die als geheim klassifiziert waren und Auskünfte ga-

ben über die Unterdrückung einer regierungsfeindlichen Bewegung in der Inneren Mongolei.

Nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt wurde Higgins sofort ins Außenministerium einbestellt und erhielt die Mitteilung, daß er das Land wegen Verstoßes gegen die chinesischen Gesetze zu verlassen habe. Allerdings kamen beide Seiten darin überein, daß zuerst noch der Besuch des britischen Premiers Major in Beijing abgewartet werden solle. Acht Tage, nachdem Major seinen Besuch in der chinesischen Hauptstadt abgeschlossen hatte, erhielt Higgins die Aufforderung, innerhalb von 72 Stunden das Land zu verlassen.

Durch die demonstrative Art und Weise der Abschiebung sollten die anderen Korrespondenten offensichtlich eingeschüchtert werden (SCMP, 16.9.91).

Ein paar Tage später wurde die deutsche ZDF-Korrespondentin Gisela Mahlmann ebenfalls ins Außenministerium gerufen und mit dem Vorwurf konfrontiert, daß ihr Fernsehbericht über Xinjiang vom 8.September 1991 Äußerungen enthalten habe, die den "Separatismus und die Unruhe unter den Minderheiten in Xinjiang" anzuhetzen geeignet seien. Frau Mahlmann wies diese Anschuldigungen zurück und verwies darauf, daß der Vizegouverneur der Region in einem Interview selbst die Existenz von antichinesischen Gefühlen in der Bevölkerung zugegeben habe.

Wiederum einige Tage später wurden das US-Magazin *Newsweek* und die amerikanische Fernsehanstalt CBS angeklagt, "China anzuschwärzen" und sich "mieser Methoden zur Sammlung von Informationen" zu bedienen. Angespielt wurde dabei auf Berichte über Zwangsarbeit in chinesischen Gefängnissen.

Am 19.September wies ein Funktionär der "Informationsabteilung des Außenministeriums", Yang Xiuping, darauf hin, daß die chinesische Regierung "unter keinen Umständen Aktionen ausländischer Korrespondenten hinnehmen wolle, die gegen Chinas Souveränität und gegen die chinesischen Gesetze verstoßen". Die chinesische Regierung beschütze die legitimen Rechte und Interessen der ausländischen Korrespondenten, soweit sie im Einklang mit den chinesischen Gesetzen ständen, und gebe sich auch alle Mühe, den Informationsbedürfnissen der Journalisten entgegenzukommen.

Diese Bemerkungen waren auf ein Schreiben gemünzt, das der Korrespondent des *Asian Wallstreet Journal*, James Louis McGregor, am 18.September im Namen des "Permanent Foreign Correspondents' Club" in Beijing an die Informationsabteilung geschrieben und in dem er die Landesverweisung Higgins' als unrechtmäßig bezeichnet hatte.

Yang gab während der Aussprache den Brief an McGregor zurück und bezeichnete den Protestbrief, der "von sechs oder sieben Personen im Namen des sog. Korrespondentenclubs verfaßt" worden sei, als "vorsätzliche Provokation". In dem Brief bleibe unerwähnt, daß Higgins vertrauliche Dokumente illegal erworben und damit gegen die chinesischen Gesetze verstoßen habe. "Die Tage, da ausländische Mächte in China extraterritoriale Rechte in Anspruch nehmen können, sind von der Geschichte längst begraben worden", fügte Yang hinzu (XNA nach SWB, 21.9.91).

Wenn die chinesischen Behörden eines aus der Berichterstattung über das Tiananmen-Massaker gelernt haben, so dies, daß es erstens nie mehr zu solchen Demonstrationen kommen darf und daß zweitens jede ausländische Kamera, koste es, was es wolle, fernzuhalten sei. Man fühlt sich hier an Parallelen zum Golfkrieg erinnert: Während beim Vietnamkrieg die Öffentlichkeit noch ganz selbstverständlich und fast uneingeschränkt miteinbezogen war, blieb ihr beim Golfkrieg allenfalls noch ein Schlüsselloch offen. Das Verhalten der chinesischen Behörden vermittelt sogar den Eindruck, als wollten sie auch noch das Schlüsselloch abdecken. Dies sind schwere Zeiten für Korrespondenten, vor allem für Vertreter televisionärer Medien. -we-

***(2)
Mehr Geheimdienstleute in den chinesischen Botschaften und Konsulaten?**

Wie die *South China Morning Post* (SCMP, 18.9.91) über "verlässliche Quellen" in Beijing erfahren haben will, sollen in Zukunft mehr Geheimagenten des "Ministeriums für Staatssicherheit" in den Auslandsvertretungen der VR China eingesetzt werden. Anlaß dieser Maßnahme ist offensichtlich die wachsende Nervosität der Beijinger Führung und der nicht gerade jubelnde Applaus, den die Beijinger Führung nach ihrem Massaker von seiten ihrer eigenen Auslandsvertretungen erhalten hat.

Treibende Kraft der verschärften Sicherheitspolitik ist offensichtlich Politbüromitglied Qiao Shi, der im ZK für Sicherheitsfragen zuständig ist. Schon am Vorabend des Scheiterns des Moskauer Putsches hatte Qiao Pläne bekanntgegeben, denen zufolge das Budget und die Machtbefugnisse des Ministeriums für Staatssicherheit erweitert werden sollten. Das Ministerium, das dem sowjetischen KGB nachgebildet ist, kontrolliert Chinas interne Geheimpolizei und darüber hinaus auch noch die Mitglieder des internationalen chinesischen Spionagenetzes, deckt also Bereiche ab, die beispielsweise in den USA vom FBI und vom CIA arbeitsteilig wahrgenommen werden.

Der 1924 geborene Qiao stammt aus Zhejiang und war 1945 in der Studentenbewegung in Shanghai tätig. 1963 wurde er Mitglied der Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK und tauchte dabei häufig im sozialistischen Ausland auf. Die Aufgabe eines Verbindungsmanns zu den kommunistischen und "Solidaritäts"-Bewegungen im Ausland nahm er 19 Jahre lang wahr, bis er 1982 ins ZK gewählt wurde. Im Mai 1984 avancierte er zum Direktor der "Organisationsabteilung" im ZK, war hier also für Personalangelegenheiten zuständig und hatte somit erneut eine Schlüsselposition. Im Januar 1986 wurde er zum Führer der "Bewegung für die Ausrichtung des Parteistils innerhalb der zentralen Abteilungen" ernannt. Im März 1989 avancierte er zum Präsidenten der Parteischule des ZK.

Qiao Shi ist m.a.W. ein Mann der harten Linie in Reinkultur, dem das neue Sicherheitskonzept sehr wohl zuzutrauen wäre (SCMP, 18.9.91).

Noch kurz vor dem Putsch in der Sowjetunion hatte Qiao ein Treffen mit dem damaligen sowjetischen Innenminister Boris Pugo, der bekanntlich mit zu den Hauptbeteiligten beim Umsturz in Moskau gehört hatte. -we-

***(3)
Honecker nach China?**

Im Zusammenhang mit dem Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti in Beijing beantwortete ein Sprecher des Außenministeriums Fragen italienischer Journalisten wörtlich: "Frage: Honecker hat den Wunsch geäußert, in China ansässig zu werden. Ist er in China willkommen?" Antwort: "Die Honecker-Frage ist eine Angelegenheit zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Dies hat mit China nichts zu tun." (Bulletin, hg. von der Botschaft der VR China in der Bundesrepublik Deutschland, Nr.17 vom 14.9.91) -we-

***(4)
Weitere Annäherung zwischen China und Kuba**

Kuba war das erste Land auf dem lateinamerikanischen Kontinent, das - und zwar i.J. 1960 - diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnahm - und dies auf einem Kontinent, der lange Zeit als feste Burg der Diplomatie Taiwans galt und zu dem die Republik China auch heute noch die meisten ihrer offiziellen Beziehungen unterhält.

Mit dem Beginn des sino-sowjetischen Konflikts, vor allem aber auf dem Höhepunkt der Feindschaft zwischen Moskau und Beijing, geriet Kuba, das sich ganz eindeutig auf die sowjetische Seite gestellt hatte, bei den Chinesen in Verruf. Es galt als eine Art Israel der Karibik. Die Sowjetunion lasse sich, wie es in der damaligen chinesischen Propaganda hieß, von Kuba überall die Kastanien aus dem Feuer holen. Obwohl die Zuckerinsel nur über 10 Millionen Menschen und über eine schwache Wirtschaft verfüge, übertreffe sie mit ihrem Militärpotential sogar Brasilien. Überdies seien kubanische Söldner im Dienste der Sowjetunion in nicht weniger als 17 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas tätig - insgesamt 52.000 Soldaten. Gerade über dieses Kuba betreibe

Moskau Expansion und Infiltration in Zentralamerika und im karibischen Raum. Was Israel für die USA in Nahost, sei Kuba für die UdSSR in Zentralamerika.

Erst mit dem Nachlassen der Spannungen zwischen Moskau und Beijing wurden auch die Beziehungen zwischen der VR China und Kuba wieder besser. Seit Beginn der 80er Jahre bemühte sich Beijing sogar um eine Renormalisierung.

Nähergekommen sind sich beide Seiten aber erst seit den Umbrüchen in Osteuropa. Castros Devise "Sozialismus oder Tod" scheint auch den Chinesen imponiert zu haben.

Im Juni 1989 empfing Präsident Fidel Castro den chinesischen Außenminister Qian Qichen in Havanna. Überall war jetzt wieder die Rede von chinesisch-kubanischer Zusammenarbeit: ob beim Handelsaustausch oder aber bei der Kooperation im Verkehrswesen. Im Dezember 1989 bekundete China seine Bereitschaft, mit Kuba in den Bereichen Schiffbau und Schiffsreparaturen zusammenzuarbeiten. Auch wurde von der Möglichkeit gesprochen, daß China dem lateinamerikanischen Land für den Kauf von chinesischen Eisenbahntransportmitteln einen Kredit einräumen wolle. Konkretisiert wurden solche Überlegungen bei der 3.Sitzung der Gemeinsamen chinesisch-kubanischen Kommission über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel am 16.Januar 1991 in Beijing (XNA, 17.1.91). Dabei wurde ein Handelsabkommen und ein Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Regierungen, nicht zuletzt aber auch ein Handelsprotokoll für 1991 unterzeichnet.

Im Mai 1991 kam eine KPCh-Delegation unter der Leitung von Zhao Zongnai zu einem Besuch nach Kuba und wurde dort u.a. von Fidel Castro empfangen. Zhao lobte in höchsten Tönen die Entschlossenheit Kubas, weiter an einer sozialistischen Zukunft zu bauen. Er wies auf die Erfolge des KPCh-Kurses in China hin und bestärkte Castro in seinem Entschluß, dem Sozialismus treu zu bleiben (XNA, 24.5.91).

Anfang Juni 1991 schlossen die beiden Regierungen ein Abkommen über Kulturaustausch im Zeitraum 1991-93.

Vereinbart wurde ein Austausch von jährlich mindestens zehn Studenten sowie eine Zusammenarbeit im Bereich des Bibliotheks-, Film-, Rundfunk- und Fernsehwesens.

China bescheinigte den Kubanern auch eine flexible Außenpolitik: Seit 1990 habe Kuba seine Beziehungen zu anderen Ländern, vor allem zu den Staaten Lateinamerikas und zu China, erheblich verbessert. Am 27. Juli 1990 habe es seine diplomatischen Beziehungen mit Jamaika wiederhergestellt und 1991 mit Chile und Kolumbien eine Vereinbarung zur Wiederherstellung konsularischer Beziehungen geschlossen. Mit Ausnahme von Paraguay unterhalte Kuba zu allen lateinamerikanischen Ländern mittlerweile gute Beziehungen. Die öffentliche Meinung in Lateinamerika gehe mehrheitlich dahin, daß der außenpolitische Erfolg Kubas die Mauer der Isolation, die Washington um Kuba herum gezogen hat, endlich zum Einsturz gebracht habe. Was die Schuldenfrage angeht, so akzeptiere Kuba mittlerweile auch die Verhandlungen zwischen den lateinamerikanischen Schuldner und den Gläubigerländern. Bis dahin hatte Kuba dieses Abhängigkeitsverhältnis stets scharf kritisiert. Einige Mitglieder der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) plädierten inzwischen dafür, die Mitgliedschaft Kubas in dieser regionalen Allianz wiederherzustellen, und forderten außerdem, daß das Wirtschaftsembargo durch die USA gegen Kuba beendet werde. Angesichts des Rückgangs des kubanischen Außenhandels mit der UdSSR und den Ländern Osteuropas habe die kubanische Regierung ihren Handel mit den Nachbarländern verstärkt (XNA, 17.8.91).

Mitte September 1991 besuchte eine weitere chinesische Parteidelegation unter der Leitung des Politbüromitglieds Yang Rudai die Inselrepublik. Auch diesmal traf Fidel Castro mehrere Male mit den Delegierten zusammen. Yang sicherte Castro im Namen der KPCh "volle Unterstützung" beim Aufbau des Sozialismus sowie im Kampf für internationale Souveränität und gegen fremde Einmischung zu. Beide Seiten betonten ihre "unumstößliche Entscheidung", die Entwicklung des Sozialismus voranzutreiben. Während sich Kubas Beziehungen zum bisherigen "sozialistischen Bruderland" Sowjetunion weiter verschlechtern,

nehmen die Verbindungen mit China zu. Beijing wurde in der Zwischenzeit Havannas zweitgrößter Handelspartner. Z.Zt. werden jährlich Waren für rd. 500 Mio. US\$ ausgetauscht. -we-

*(5)

Kim Il-sung auf Besuch in der VR China

Der "große Führer", Genosse Kim Il-sung, "Generalsekretär der Koreanischen Arbeiterpartei und Präsident der Koreanischen Volksrepublik" (so die nordkoreanische Titulatur, Radio Pyongyang in SWB, 17.10.91), besuchte vom 3. bis 15. Oktober auf Einladung von KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin und von Staatspräsident Yang Shangkun die VR China, führte dort Gespräche mit der gesamten Spitzenführung, u.a. auch mit Deng Xiaoping, und besuchte anschließend noch die Provinzen Shandong (u.a. den Tai-Berg und die Geburtsstätte des Konfuzius in Qufu) und Jiangsu, vor allem Nanjing (dazu Radio Pyongyang in SWB, 10. und 11.10.91). Er, Kim, sei nach China gekommen, um dort am "weiteren Sieg des Sozialismus mitzuwirken" (Radio Pyenyang in SWB, 2.10.91).

Wie immer, wenn es zum nordkoreanisch-chinesischen Dialog kommt, steht der gewaltige äußere Aufwand an Zeremoniell und Worten in einem krassen Gegensatz zum Inhalt. Der Berichterstatter hatte etwa ein halbes Kilo ausgeschnittener Materialien durchzusehen - nur um am Schluß festzustellen, daß sich der Besuch offensichtlich im Ritual erschöpft hat. Hier aber wird nicht gespart. Xinhua zeichnet "ein Profil des Genossen Kim Il-sung" folgendermaßen: "Genosse Kim Il-sung organisierte und führte den Kampf zur Errichtung sozialistischer Produktionsbeziehungen erfolgreich in der Periode zwischen 1953 und 1958; er baute die Koreanische Volksrepublik während der Jahre 1957 bis 1970 in ein sozialistisches Industrieland um. Im Dezember 1972 wurde er als Präsident der Volksrepublik in Übereinstimmung mit den Wünschen des ganzen Volkes bei der 1. Sitzung des V. Obersten Volksversammlung gewählt. Beim VI. Parteikongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei im Oktober 1980 verkündete Genosse Kim Il-sung seine Politik der Beschleunigung des Sozialismus und des

kommunistischen Aufbaus sowie des Kampfes um die Realisierung einer friedlichen Wiedervereinigung des Mutterlandes unter dem Dach einer Koreanischen Demokratischen Föderalen Republik. Die Koreaner sollten, verkündete er, über die Frage der Wiedervereinigung ihres Mutterlandes selbst entscheiden. (Xinhua, SWB, 5.10.91) Auch wurde Kim als "enger Freund des chinesischen Volkes" begrüßt, der die "große sino-koreanische Freundschaft persönlich gegründet und sie zusammen mit Mao Zedong, Zhou Enlai, Deng Xiaoping und anderen Revolutionären der älteren Generation laufend gefestigt" habe (XNA nach SWB, 5.10.91).

Auch das sonstige Zeremoniell war gewaltig: Genau um 10 Uhr traf Kims Zug in Beijing ein. Jiang Zemin, Yang Shangkun und Li Peng, also die Spitzen von Partei, Staat und Regierung, empfingen ihn dort persönlich. Junge Pioniere überreichten Blumengebinde. Am Straßenrand das übliche Bild mit fahnenschwenkenden Kindern, Empfänge, Jubelworte und und und (XNA, 5.10.91).

Auch Kim sparte nicht mit Begeisterung: Die sino-koreanische revolutionäre Freundschaft sei auf gemeinsamen Kämpfen aufgebaut und mit Blut besiegelt; sie werde "unwandelbar sein für ewig" (Radio Pyongyang in SWB, 12.10.91). Unvergänglich sei vor allem der Einsatz der "chinesischen Volksfreiwilligen" im Koreakrieg (Radio Pyongyang in SWB, 31.10.91).

Beijing ist Anhänger einer möglichst frühen, friedlich verlaufenden Wiedervereinigung zwischen den beiden koreanischen Staaten. 1990 hielten Nord- und Südkorea die ersten Gespräche auf hoher Ebene, und zwar zwischen den beiden Ministerpräsidenten, seit 45 Jahren ab. Auch beim Austausch von Sport-, Literatur- und Kunstdelegationen kam es zu einer Verdichtung der Beziehungen. China begrüßt diese Entwicklungen (RMRB, 4.10.91). Überraschend hatte die nordkoreanische Regierung im Mai 1991 beschlossen, sich gesondert um eine Aufnahme in der UNO zu bewerben, nachdem sie vorher jahrelang darauf gepocht habe, daß eine Zwei-Staaten-Lösung nicht in Betracht komme. Die Formel Kim Il-sungs hatte immer gelautet: "Eine Nation, ein Land, zwei Systeme und zwei Regierungen" (XNA, 5.10.91).

Obwohl diese Formel auch beim Besuch Kims in Beijing nach wie vor aufrechterhalten wurde, war es im Mai doch zu ihrer Aufweichung gekommen; wie denn sollte ein gesonderter Beitritt von Nord- und Südkorea zur UNO anders interpretiert werden denn als Eingeständnis, daß in Wirklichkeit zwei Staaten existierten!?

Die chinesische Regierung hatte den damaligen Sinneswandel Nordkoreas sofort begrüßt, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst an seiner Entstehung hinter den Kulissen kräftig beteiligt gewesen war. Noch Anfang Mai hatte ja Ministerpräsident Li Peng Pyonyang besucht und dabei das Thema Doppelmitgliedschaft Koreas in der Weltorganisation zu einem zentralen Punkt seiner Gespräche erhoben. Wahrscheinlich hat er der nordkoreanischen Regierung damals bedeutet, daß China nicht die Absicht habe, von seinem Veto im Sicherheitsrat Gebrauch zu machen, wenn im Herbst 1991 über einen südkoreanischen Aufnahmeantrag bei der UNO entschieden werden müsse.

China hatte auch mit der Sowjetunion ein Übereinkommen dahin gefunden, daß es wünschenswert sei, beide koreanische Staaten gleichzeitig in die UNO aufzunehmen. Vermutlich wird China die Gelegenheit eines gesonderten Beitritts Südkoreas beim Schopfen und früher oder später diplomatische Beziehungen auch mit Südkorea aufnehmen. Die Sowjetunion ist den Chinesen in dieser Hinsicht bereits einen Schritt vorausgegangen.

Am 17. September waren beide koreanischen Staaten getrennt als Mitglieder in die UNO aufgenommen worden.

Mitte Juni 1991, also nur eineinhalb Monate nach Li Pengs Koreabesuch, kam auch der chinesische Außenminister Qian Qichen nach Pyonyang, wo offensichtlich ebenfalls der selbständige Beitritt der beiden koreanischen Staaten in die UNO Hauptgegenstand der Gespräche war.

Die enge Freundschaft mit Nordkorea könnte erneut recht kostspielig für China werden, da Moskau seine Öllieferungen an Nordkorea stark einschränkt (1990 beispielsweise um die Menge von 700.000 t) und da Pyonyang jetzt von Beijing erwartet, daß die VR China in die Lücke einspringt.

In der Tat will die japanische Nachrichtenagentur Kyodo (SWB, 9.10.91) erfahren haben, daß die Chinesen ihrem Gast Kim Il-sung die gewünschten Hilfen verweigert haben.

Früher oder später bedarf auch die Präsenz von 40.000 US-amerikanischen Streitkräften auf südkoreanischem Boden sowie die Frage der dort gelagerten amerikanischen Nuklearwaffen einer Diskussion. Pyonyang wollte diese Frage immer nur mit der amerikanischen Seite erläutern, doch legen die Amerikaner andererseits Wert darauf, daß auch die südkoreanische Seite beteiligt ist. Bei einem nord-südkoreanischen Ausgleich könnte auch dieses Hindernis ausgeräumt und ein Dialog begonnen werden.

Der weitaus stärkere Beteiligte wäre im Rahmen einer Wiedervereinigung (dies weiß auch Pyonyang) Südkorea, dessen Außenminister Yi Sang-ok sich deshalb am 11. Oktober 1991 zu der Erklärung genötigt sah, daß Südkorea nicht die Absicht habe, den Norden "aufzusaugen". Nordkorea habe mehrere Male seine Sorge zum Ausdruck gebracht, daß der nördliche Teil ein ähnliches Schicksal erleiden könnte, wie es die DDR bei der deutschen Wiedervereinigung hatte hinnehmen müssen. Seoul habe nichts dergleichen im Sinne (Hanhap in SWB, 14.10.91).

Ein besonders schwieriger Punkt ist jetzt noch die Frage der Nuklearwaffen, die (nach Meinung der USA und Südkoreas) von nordkoreanischer Seite derzeit entwickelt werden. Früher oder später wird Nordkorea, wenn es wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen erhalten möchte, nicht umhin können, seine Nuklearanlagen der Inspektion durch die IAEA (International Atomic Energy Agency) zu unterstellen. Offensichtlich hat China inzwischen begonnen, auf den 79jährigen Kim auch in dieser Richtung sanften Druck auszuüben.

Teile der südkoreanischen Opposition verlangen inzwischen eine "nuklearfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel" (Hanhap in SWB, 5.10.91). -we-

*(6)

Staatspräsident Yang Shangkun in Pakistan und im Iran

Vom 26. Oktober bis 2. November 1991 besuchte der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun Pakistan und

Iran, also zwei Länder, mit denen die Volksrepublik im Zeichen ihrer früheren antisowjetischen Strategie immer schon enge Beziehungen unterhalten hatte. Pakistan gilt seit Jahrzehnten als Freund Nr.1 der Chinesen in Asien, aber auch der Iran war den Chinesen so wichtig, daß der frühere Ministerpräsident Hua Guofeng Teheran noch zu einer Zeit besuchte, als der Thron des Schah bereits bedenklich wackelte.

Diplomatische Beziehungen wurden mit Pakistan 1951 und mit dem Iran 1971 aufgenommen.

Im November 1989 hatte Ministerpräsident Li Peng Pakistan besucht, und im September 1990 hatte der pakistanische Präsident der VR China einen Gegenbesuch abgestattet. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen beiden Staaten betrug 1990 rd. 634 Mio. US\$ (XNA, 8.9.91). Beide Seiten arbeiten auch auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik, der Stromerzeugung sowie des Straßen- und des Hafenausbaus zusammen. Außerdem ist China der wichtigste Waffenlieferant Pakistans. U.a. wurden M-11-Raketen (mit einer Reichweite von 300 km) und Nuklearausrüstungen geliefert, die sich möglicherweise auch für militärische Zwecke eignen (Einzelheiten dazu C.a., Juli 1991, S.438 f.).

China liefert an Pakistan außerdem F-7-Jagdflugzeuge, T-69-Panzer, gepanzerte Mannschaftswagen, Infanteriewaffen (vor allem AK-47-Sturmge- wehre) und Munition.

Am 20.6.1991 erklärte Wu Jianmin, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß China eine "seriöse, verantwortungsbewußte und vorsichtige Haltung gegenüber dem internationalen Waffenhandel" einnehme, und daß China "niemals Raketen an Syrien geliefert" habe. Allerdings habe China konventionelle Waffen, einschließlich einer kleinen Anzahl taktisch operativer Raketen kurzer Reichweite, nach Pakistan exportiert und außerdem Raketen mittlerer Reichweite an Saudi-Arabien verkauft. Abgesehen davon habe China nie Raketen mittlerer Reichweite an irgendein Land geliefert - diese Aussage entspricht offensichtlich der Unwahrheit, da ja, wie bekannt, auch Iran im Besitz chinesischer Seidenraupen-Raketen war: Ist es denkbar, daß die Raketen nicht direkt von China, sondern indirekt über andere Kanäle geliefert worden sind, ohne daß die Chinesen davon wußten?

Radio Moskau brachte in einem Kommentar seine Hoffnung zum Ausdruck, daß China, das ja inzwischen begonnen habe, eine "wirksame und konstruktive Rolle bei den Vereinten Nationen zu spielen und auch den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen", darauf dringe, daß auch Islamabad zu einer ähnlichen Haltung gelange (MD Asien, 29.10.91, S.5)

Am 20. September wurde ein Vertrag unterzeichnet, demzufolge China in Pakistan zwei thermische E-Werke baut (XNA, 21.9.91).

Gemeinsam mit Pakistan zeigt sich China "tief besorgt" über die Anwesenheit von rd. 5 Millionen afghanischen Flüchtlingen auf pakistanischem Boden, die die Wirtschaft Pakistans übermäßig belasteten.

"China ist Pakistans idealer Freund" (XNA, 8.9.91). Die "sino-pakistanische Freundschaft entwickelt sich von Generation zu Generation weiter" (XNA, 25.9.91) - dies sind einige Schlagzeilen, wie sie in der beiderseitigen Berichterstattung immer wieder auftauchen.

Anschließend kam Yang in den Iran. Es war dies die erste Visite eines chinesischen Staatschefs im Iran seit Gründung der Islamischen Republik i.J. 1979. Yang gab bekannt, daß er mit dem iranischen Präsidenten Rafsandschani u.a. die beiderseitigen Beziehungen, ferner Fragen der Sicherheit am Persischen Golf, den Afghanistan-Konflikt und die Lage im Nahen Osten erörtern wolle.

Auch mit dem Iran besteht ein dichter Austausch von Beziehungen. Erst im Juli 1991 beispielsweise hatte Ministerpräsident Li Peng das Land besucht, und auch der Stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wan Li, und Außenminister Qian Qichen waren bei der iranischen Regierung 1991 zu Gast gewesen. Im August 1991 wurde zwischen beiden Seiten ein Handelsabkommen unterzeichnet. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich i.J. 1990 auf 314 Mio. US\$.

Beide Seiten demonstrieren auch gegenseitige Hilfe: Als im Juni 1990 ein Erdbeben den Iran heimsuchte, spendete die chinesische Regierung dem Land Güter im Werte von 580.000

US\$. Als China 1991 seinerseits von Überschwemmungen betroffen wurde, bot der Iran Nothilfe an.

Im Hinblick auf die Fragen in Nahost sind die Ansichten Chinas und des Iran weitgehend deckungsgleich: U.a. fordern sie den Rückzug der israelischen Truppen aus den "besetzten arabischen Territorien", treten für die Wiederherstellung der legitimen Rechte und Interessen der Palästinenser ein und sind der Ansicht, daß die Golfländer ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken sollten.

Auch dem Iran hat China mit Waffen kräftig unter die Arme gegriffen: Von den Waffen im Werte von 5,2 Mrd. US\$, die China zwischen 1984 und 1987 an die Dritte Welt lieferte, gingen 80% an den Iran und dessen Kriegsgegner Irak. Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Werte von rd. 3 Mrd. US\$ und zur gleichen Zeit den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen und Raketen versorgt (weitere Einzelheiten in C.a., Januar 1991, S.30). Kurzstreckenraketen der Typenbezeichnung "Seidenraupe" wurden en masse an den Iran geliefert.

Am 4. November dementierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums Berichte westlicher Zeitungen, denen zufolge China den Iran mit Materialien, Ausrüstungen und Technologie beliefert habe, die für die Produktion von Atomwaffen benutzt werden könnten. Allerdings habe China der iranischen Seite elektromagnetische Separatoren für die Produktion von Isotopen und einen Minireaktor geliefert, die beide jedoch ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt würden (XNA, 4.11.91).

Yang legte am Grabe des Kommunistenverfolgers Khomeini einen Kranz nieder (XNA, 31.10.91). -we-

*(7)

Grenzvertrag mit Laos abgeschlossen

Weltweit gibt es z.Zt. rd. 100 Grenzkonflikte, davon 24 in Amerika, 20 in Europa und 19 in Asien. An diesem letztgenannten Fünftel ist China fast zur Hälfte beteiligt, nämlich mit insgesamt acht Disputen (dreimal mit Vietnam, zweimal mit der Sowjetunion, zweimal mit Indien und einmal mit Ja-

pan). Die meisten der Grenzdispute, vor allem diejenigen mit Indien, haben zumindest seit Anfang der 80er Jahre an Schärfe verloren.

Im Laufe der Jahre hat China mit insgesamt fünf Nachbarstaaten Grenzabkommen geschlossen, und zwar 1960 mit Birma, 1961 mit Nepal, 1962 mit der Mongolischen Volksrepublik, 1963 mit Pakistan und im gleichen Jahr auch mit Afghanistan. 1984 ist es überdies in Grenzverhandlungen mit dem Himalaya-staat Bhutan getreten. Zu Reibungen ist es in neuerer Zeit vor allem mit Vietnam gekommen, nämlich einmal im Bereich der 1.500 km langen gemeinsamen Landgrenze sowie um die beiden Archipele Paracel und Spratley. Nach der Normalisierung zwischen Beijing und Hanoi (dazu C.a., September 1991, S.577 ff.) haben jedoch auch diese Konflikte an Schärfe verloren.

Mit Laos teilt China eine gemeinsame Grenze von 420 km. Spannungen in diesem Bereich gab es nicht wegen der Grenze an sich, sondern wegen der jahrelangen Anlehnung Vientianes an Hanoi, die für China ein Ärgernis war. Seit der chinesisch-laotischen Aussöhnung haben Beijing und Vientiane jedoch beschlossen, auch die - an und für sich nicht strittige - Grenzfrage formal unter Dach und Fach zu bringen.

Voraussetzung dafür war eine genaue Vermessung des Grenzverlaufs. Mit Hilfe der VBA-Luftwaffe waren 1990 Luftaufnahmen vom Grenzverlauf erstellt worden. Daraufhin kam es im Februar 1991 zur Begehung der Grenze durch chinesische Geographen. Anschließend führte eine gemeinsame sino-laotische Kartenentwurfseinheit 90 Tage lang eine erneute Begehung durch (RMRB, 12.6.91).

Am 12.9.1991 wurde in Beijing ein chinesisch-laotischer Grenzvertrag und eine Zusatzkarte von den Stellvertretenden Außenministern beider Länder paraphiert.

Am 24. Oktober traf der laotische Ministerpräsident Khamtay Siphandone zu einem fünftägigen Besuch in Beijing ein und unterzeichnete noch am gleichen Tag gemeinsam mit Ministerpräsident Li Peng den Grenzvertrag. Das Ereignis wurde als "historisch" bezeichnet und werde ganz gewiß zur weiteren Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beitragen, hieß es.

Beide Seiten wiesen darauf hin, daß die Grenzverhandlungen äußerst harmonisch verlaufen seien, und daß der ganze Vorgang als Modell für die Lösung ähnlicher Grenzfragen Chinas mit anderen Ländern dienen könne: offensichtlich ein Hinweis an die Adresse Hanois! In der Tat wurde bei dem Besuch Khamtays noch weitere Male auf die "Normalisierung der sino-vietnamesischen Beziehungen" verwiesen (XNA, 24. und 25.10.91).

Während des ganzen Besuches nahm Khamtay kein einziges Mal das Wort "Sozialismus" in den Mund. Auch in der gerade erlassenen laotischen Verfassung fehlt dieser Begriff bekanntlich. Die Chinesen scheinen es den Laoten nicht verübelt zu haben.

Khamtay besuchte auch noch die Städte Xiamen und Kunming (XNA, 27.10.91). -we-

* (8)

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Brunei

Die Absichten der beiden Regierungen von China und Brunei, diplomatische Beziehungen aufzunehmen (dazu C.a., September 1991, Ü 2), wurden am 30. September 1991 in New York verwirklicht. Die Außenminister beider Länder unterzeichneten dort ein Kommuniqué, in dem sich allerdings keine Taiwan-Klausel findet. Es heißt lediglich, daß "die beiden Regierungen übereingekommen sind, Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Prinzipien der UNO-Charta zu entwickeln" (XNA, 1.10.91). Damit hat das letzte der sechs ASEAN-Länder nun ebenfalls formelle Beziehungen zur VR China. -we-

* (9)

Die Bedeutung der ASEAN für China

Am 20.7.1991 traf Außenminister Qian Qichen mit seinen Amtskollegen aus den sechs ASEAN-Ländern zusammen und versicherte ihnen, daß China bereit sei, die Zusammenarbeit mit dem südostasiatischen Bündnis schrittweise zu verstärken und vor allem in einen permanenten Dialog über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und

Sicherheit sowie über alle anderen nur denkbaren Bereichen einzutreten. China und die ASEAN hätten in den großen internationalen Fragen weitgehend dieselben oder ähnliche Auffassungen. Vor allem unterstütze Beijing den Vorschlag der ASEAN-Staaten zur Errichtung von atomwaffenfreien Zonen des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien.

Die ASEAN-Länder sind für China nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen von Bedeutung. 1990 hatte China mit Indonesien beispielsweise ein Handelsvolumen von 1,48 Mrd. US\$ ausgetauscht. Mit Thailand belief sich das Volumen im gleichen Jahr auf 1,1 Mrd. US\$ und die beiderseitigen Investitionen auf 1,5 Mrd. US\$. Der Außenhandel mit Singapur belief sich 1990 auf 1 Mrd. US\$ und der mit Malaysia auf 1,17 Mrd. Mit den Philippinen gab es ein Volumen von 295 Mio. Vor allem vom Erdölland Brunei, mit dem gerade diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden (dazu die Übersicht im vorliegenden Heft), erhofft sich China Vorteile, vor allem im Bereich weicher Kredite.

Wegen der Bedeutung der ASEAN-Länder hat inzwischen auch der chinesische Staatspräsident Reisen nach Malaysia, Thailand und Indonesien unternommen. (Zum Dialog mit ASEAN: XNA, 8.6.91; zu Frieden und Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region vgl. XNA, 8.6.91) -we-

* (10)

Yang Shangkun auf Staatsbesuch in Thailand und Indonesien

Am 5. Juni traf der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun auf Einladung des indonesischen Staatspräsidenten Suharto zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Indonesien ein. Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten in Indonesien seit 28 Jahren. 1963 war Liu Shaoqi zu Gast gewesen (Näheres zu den beiderseitigen Beziehungen in C.a., Juli 1990, S.528-529).

Die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Indonesien sind am 8. August 1990 nach einer 23jährigen Unterbrechung wiederaufgenommen worden (dazu C.a., Juli 1990, S.528 f.). Erster hoher Besucher nach diesem Zeitpunkt war Ministerpräsident Li

Peng im August 1990; umgekehrt war Präsident Suharto im November 1990 nach China gekommen.

Das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Indonesien stieg von 240 Mio. US\$ i.J. 1984 auf 804 Mio. i.J. 1989 und erreichte 1990 die neue Rekordmarke von 1,18 Mrd. US\$.

Am 8. August 1990, also am gleichen Tag, der auch die diplomatische Normalisierung mit sich brachte, wurde zwischen beiden Regierungen das erste Handelsabkommen unterzeichnet, das u.a. eine Meistbegünstigungsklausel enthält. Im Januar 1991 wurde ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet und eine Flugverbindung zwischen Beijing und Jakarta eingerichtet.

Auch die indonesische Seite betonte, daß sich seit der diplomatischen Normalisierung die Beziehungen "ermutigend entwickelt" hätten. Insgesamt seien sechs indonesische Minister im ersten Jahr nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nach China gereist, und eine gleiche Anzahl chinesischer Offizieller im Minister-rang hätten umgekehrt Indonesien besucht.

Darüber hinaus hat die indonesische Regierung neue Bestimmungen eingeführt, die die Reise indonesischer Staatsbürger nach China deutlich erleichtern. Früher mußte jeder indonesische Staatsbürger vor Antritt einer Chinareise sich zuerst einmal einer Sicherheitsüberprüfung der Nationalen Sicherheitsbehörden (Bakin) unterziehen, bevor er vom Einwanderungsbüro eine Ausreisegenehmigung erhalten konnte. Diese Prozedur hatte vor allem Geschäftsreisen von Privatunternehmern erschwert (Antara, 20.8.91; SOAa, September 1991, Ü 54).

Am 24.10.1991 wurde ein Vertrag unterzeichnet, demzufolge die nordchinesische Dalian-Werft für Indonesiens staatliche Firma Pertamina einen 35.000-t-Tanker bauen soll. Außerdem soll die Dalianer Firma chinesische Ingenieure nach Indonesien entsenden, um dort Indonesier im Schiffsbau auszubilden (XNA, 24.10.91).

Die erste Sitzung der chinesisch-indonesischen Gemeinsamen Kommission für Wirtschaft, Handel und technische Zusammenarbeit hatte bereits am 9. September in Beijing getagt (XNA, 10.9.91).

Gerne erinnert China daran, daß in Bandung 1955 die Zehn Prinzipien entwickelt wurden, die auch die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit umfassen.

Mit Indonesien hat China auch bei der Kambodscha-Frage eng zusammengearbeitet.

Yang wählte seinen Besuch in Indonesien aus, um erneut die Auffassung Beijings zu einer Neuen Weltordnung darzulegen, die auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen. China pflichte auch der ASEAN-Ansicht bei, daß Südostasien zu einer Zone des Friedens, der Stabilität, der Entwicklung und der Prosperität ausgebaut werden solle.

Die Indonesier bezeichneten den Besuch Yangs als "historisch" (XNA, 6., 7., 8. und 9.6.91).

Die zweite Station der Reise Yangs war Bangkok, wo er am 10.Juni zu einer fünftägigen Visite eintraf. Der letzte Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten lag zu dieser Zeit bereits sechs Jahre zurück: 1985 hatte Li Xiannian das Land besucht.

Yang wurde u.a. auch vom thailändischen König empfangen und zu einem Festbankett geladen.

In den 16 Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen (1975) hat es zwischen beiden Seiten einen häufigen Besucheraustausch gegeben. Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, die Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK und der Generalstabschef der VBA haben Thailand besucht. Umgekehrt sind der thailändische Kronprinz und andere Mitglieder des königlichen Hauses sowie Ministerpräsidenten, Parlamentspräsidenten und Befehlshaber der thailändischen Streitkräfte nach China gekommen.

In der Kambodscha-Frage ziehen beide Seiten an einem Strang.

Im März 1978 hatten beide Seiten ein Handelsabkommen und ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Protokoll zur Bildung einer Gemeinsamen Handelskommission unterzeichnet. Im März 1985 kam es zum Abschluß eines Abkommens über die Gründung einer

Gemeinsamen Kommission für wirtschaftliche Kooperation und zu einem Abkommen über Investitionsförderung. Bereits 1982 hatte das beiderseitige Handelsvolumen 460 Mio.US\$ erreicht und war gegenüber dem Volumen zur Zeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen um das 20fache gestiegen. 1989 übertraf das bilaterale Handelsvolumen die 1,2 Mrd.-Grenze. China ist inzwischen der sechstgrößte Handelspartner Thailands.

Im wissenschaftlich-technischen Bereich haben beide Seiten bereits rd. 300 Verträge über Austausch- und Kooperationsprojekte unterzeichnet. Auch der kulturelle Austausch nimmt zu.

Yang traf auch mit Thailändern chinesischer Abstammung zusammen und lobte ihre Rolle als Vermittler zwischen beiden Völkern und Staaten.

Beide Seiten weisen darauf hin, daß die gemeinsame "Freundschaft" ein gutes Beispiel für die Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung seien.

Mitte September besuchte der neue thailändische Ministerpräsident Anand Panyarachun die VR China (Näheres dazu XNA, 21. und 23.9.91). Hauptgesprächsthema war die Kambodscha-Frage gewesen. In der Frage der Neuen Internationalen Ordnung übernahm Thailand die chinesische Wortregelung von den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz: China liebt solche Gesten und sieht in ihnen eine kleine Verbeugung vor seiner Autorität asiatischer Großmacht.

Genauso wie Yang Shangkun betonte Anand, daß es zwischen Thailand und China "kein einziges Problem" gebe. -we-

*(11)

Der Präsident von Singapur besucht die Volksrepublik

Am 9.September 1991 kam der Präsident von Singapur, Wee Kim Wee, zu einem einwöchigen Staatsbesuch nach Beijing. Anlaß war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten vor genau einem Jahr. Wee wurde von Staatspräsident Yang Shangkun, von Ministerpräsident Li Peng und von Jiang Zemin empfangen.

Li betonte, die Verbindungen zwischen beiden Seiten seien ein Beispiel dafür, wie zwei Länder mit verschiedenen sozialen Systemen und Ideologien miteinander umgehen könnten. Er, Li, lade die Unternehmer aus Singapur ein, in China zu investieren.

Wee betonte, daß Singapur Chinas Interesse an der ASEAN begrüße (XNA, 9.9.91). Die chinesische Seite dankte Singapur für die Spenden anlässlich der chinesischen Flutkatastrophe (XNA, 10.9.91).

Das diplomatische "Laserbeaming", mit dem die VR China sich in letzter Zeit vor allem auf Südostasien konzentriert, zeigt an, daß sich die Volksrepublik immer mehr als eine asiatische Macht empfindet, deren Interessen außerhalb der Region etwas in den Hintergrund treten, und die, zweitens, sehr stark wirtschaftlicher Art sind.

Ein Jahr vorher, am 16.Oktober 1990, war der damals noch amtierende Ministerpräsident Lee Kuan Yew zu einem neuntägigen Besuch nach China gekommen. Es war dies sein letzter Besuch, ehe er sein Amt an einen jüngeren Nachfolger übergab. Lee war viele Jahre hindurch ein Wanderer "zwischen beiden Welten" gewesen und hatte inoffiziell wohl ein halbes Dutzend Mal Taiwan besucht, war in der gleichen Eigenschaft aber auch immer wieder in die Volksrepublik gekommen.

Bei einem Seminar in Singapur Anfang Mai 1991 zeigte Lee Verständnis für die Zurückhaltung der VR China gegenüber einer Einführung westlich-demokratischer Formen. Ganz einfach ein "Ein Mann-, eine Stimme-System" in China einzuführen, könnte chaotische Folgen nach sich ziehen. Andererseits aber dürfe die KPCh nicht ewig davon ausgehen, daß sie das Volk repräsentiere. Es müsse also ein Mittelweg gefunden werden, und China habe hierbei, wie jedes Land Asiens, seinen eigenen Weg zu gehen. Oberster Gesichtspunkt sei immer die politische Stabilität (The Straits Times, 10.5.91). -we-

*(12)

Besuch des birmanischen Staatspräsidenten

Vom 20. bis 25.August stattete der Vorsitzende des "Nationalen Rats zur Wiederherstellung von Gesetz und

Ordnung von Myanmar", Saw Maung, der VR China einen sechstägigen Besuch ab. Es war der erste Auslandsbesuch des Präsidenten seit der Machtübernahme durch das Militär am 18. September 1988. Zu seiner 54köpfigen Begleitdelegation gehörten zahlreiche Militärs. Beide Seiten betonten, daß es sich hier um einen "Freundschaftsbesuch" handle (XNA, 21.8.91). Das Treffen habe in einer "warmen und herzlichen Atmosphäre" stattgefunden. Beide haben vor allem deshalb ein besonderes Verständnis füreinander, weil sie nach den Massakern in ihren jeweiligen Ländern von westlichen Wirtschaftsmächten boykottiert wurden. Um so mehr wollten sie nun untereinander zusammenarbeiten. Myanmar braucht auch keine Waffensorgen zu haben, da es diesbezüglich von seinen nördlichen Nachbarn offensichtlich reichlich beliefert wird. Beiden Seiten ist auch gemeinsam, daß sie in Fragen der Menschenrechte isoliert dastehen und sich dauernd mit unangenehmen Vorwürfen westlicher Regierungen, nicht zuletzt auch von Seiten des amnesty international, konfrontiert sehen.

Kein Wunder, daß sich hier zahlreiche Gelegenheiten zur Zusammenarbeit ergeben.

Birma hat in der chinesischen Außenpolitik vor allem in den 50er und 60er Jahren eine überragende Rolle gespielt. Dies geht allein schon daraus hervor, daß der damalige chinesische Außenminister, Marschall Chen Yi, dem südlichen Nachbarn nicht weniger als neun Besuche abgestattet hatte, und daß umgekehrt U Ne Win in seiner früheren Eigenschaft als Präsident ebenfalls häufig nach China gekommen war (vgl. auch SOAa, September 1991, Ü 81).

Bereits am 11. Mai 1991 hatten die beiden Nachbarn in Beijing ein Protokoll über den Bau von Brücken über Grenzflüsse und Verkehrserleichterungen im beiderseitigen Grenzgebiet unterzeichnet (XNA, 12.5.91). Am 23. August 1991 unterzeichneten sie zusätzlich ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (XNA, 24.8.91). -we-

*(13)

China und die Mongolei öffnen Grenzübergänge

Am 24. Juni 1991 kamen die beiden Nachbarstaaten China und die Mongolei darin überein, acht Grenzübergänge

zu öffnen und die Straßenverbindungen zu verbessern. Zwei entsprechende Abkommen wurden von den beiden Stellvertretenden Ministerpräsidenten Xu Dunxin und J. Choinhor in einer feierlichen Vertragszeremonie unterzeichnet (XNA, 25.6.91).

Obwohl die Mongolei gerade dabei ist, ihr sozialistisches System abzubauen, haben sich die chinesisch-mongolischen Beziehungen verbessert. Entscheidend dafür war die Normalisierung zwischen dem früheren Hauptverbündeten der Mongolei, der UdSSR, und China. Der mongolische Ministerpräsident Dash Bambasuren zeigte sich über die Entwicklungen der beiderseitigen Beziehungen "optimistisch" (XNA, 21.6.91). In der Tat hat die Mongolei seit dem sino-sowjetischen Ausgleich wieder mehr Manövrierfreiheit zwischen ihren beiden Nachbarn bekommen, die ihr lange Zeit durch die allzu einseitige Bindung an Moskau verwehrt gewesen war.

Ende August 1991 hatte Yang Shangkun als erster Staatspräsident der VR China die Mongolische Volksrepublik besucht (XNA, 27.8.91). Yang und sein Amtskollege Ochirbat betonten, daß die mongolisch-chinesischen Beziehungen auf dem beiderseitigen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Hilfe von 1960 und auf dem mongolisch-chinesischen Gemeinsamen Kommuniqué von 1990 beruhten. China werde die Unabhängigkeit und Souveränität der Mongolei stets berücksichtigen. Von den Problemen in der Inneren Mongolei war bei dem Besuch keine Rede. Beide Seiten wollten ihr Verhältnis nach den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten (XNA, 27.8.91).

Am 29. August kehrte Yang nach China zurück, allerdings nicht direkt nach Beijing, sondern in die Hauptstadt der Autonomen Region Innere Mongolei, Huhhot (XNA, 30.8.91).

Die Mongolische Volksrepublik ist ein Land mit rd. 1,56 Mio. qkm, besitzt aber keinen Zugang zum Meer. Wohlfunktionierende Exportwege sind deshalb wichtig, weil die Mongolei über Kohlevorkommen von rd. 15 Mrd. t verfügt und weil auf mongolischem Gebiet außerdem Öl, Gold, Eisen, Blei, Wolfram, Zinn, Kupfer, Mangan und Phosphor in reichen Mengen vorhanden ist.

Bereits am 7. August hatten China und die Mongolei Erleichterungen für beiderseitige Transitgüter vereinbart: Mongolische Waren nach Übersee sollen hauptsächlich über den neuen Seehafen von Tianjin abgewickelt werden.

Anfang August wurde die mehr als 20 Jahre unterbrochene Flugverbindung zwischen Beijing und Ulan Bator wieder aufgenommen. Seit April 1991 gab es auch zwischen Ulan Bator und Huhhot, der Hauptstadt der chinesischen Autonomen Region Innere Mongolei, wieder eine Zugverbindung. Auch eine Flugverbindung soll in Kürze hergestellt werden.

Beim Besuch Yangs in der Mongolei unterzeichneten beide Seiten am 26. August überdies ein Abkommen über bilaterale Wirtschaftskooperation und über den Transithandel durch chinesisches Territorium.

Auch die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit soll wieder verstärkt werden. Bereits 1954 war ein entsprechendes Kooperationsabkommen geschlossen worden, das allerdings nur 20 Jahre lang hielt und 1967 angesichts der damaligen Spannungen zwischen den beiden Nachbarn "eingeschlafen" war. Erstmals 1987 war dann wieder eine chinesische Wissenschaftsdelegation in der Mongolei aufgetaucht und hatte dort einen Kooperationsplan für die Jahre 1987/88 unterzeichnet. Es waren vor allem Chinas "Funkenprogramm" (zur Verbreitung moderner Technologie in der Landwirtschaft) und Chinas "Ernteprogramm", die das mongolische Interesse geweckt und den Wunsch wachgerufen haben, ähnliche Konzepte auch in der Mongolei anzuwenden (XNA, 16.9.91). Inzwischen gibt es wieder eine Reihe von chinesischen Wissenschaftlern, die vor allem in der Landwirtschaft - und hier wiederum in der Viehzucht - beratend tätig sind. -we-

*(14)

Geheimbesuch des südafrikanischen Außenministers in Beijing

Vom 3. bis 6. Oktober 1991 besuchte der südafrikanische Außenminister Pik Botha Taiwan, mit dem Südafrika ja offizielle diplomatische Beziehungen unterhält. Anschließend setzte er seine Asienreise nach Thailand und auf die Philippinen fort.

Südafrikas Medien wollen in diesem Zusammenhang erfahren haben, daß er anschließend noch in aller Heimlichkeit nach Beijing gereist sei. Zumindest berichtet dies die Tageszeitung *Sunday Tribune*. Botha habe mit Außenminister Qian Qichen über den Aufbau von Handelsbeziehungen gesprochen (Radio Johannesburg in MD Asien, 15.10.91, S.9). Auch sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern angesprochen worden. Botha räumte nach seiner Rückkehr in Johannesburg ein, er habe auch Länder besucht, die nicht auf dem offiziell bekanntgegebenen Reiseprogramm standen. Konkrete Angaben machte er allerdings nicht (Le Monde und NZZ, 15.10.91).

Am 14.Oktober 1991 empfing der Vizepräsident des Ständigen Ausschusses des NVK, Rong Yiren, eine Delegation der "South Africa Foundation", die von der chinesischen "Vereinigung für internationale Verständigung" für eine Woche eingeladen worden war (XNA, 15.10.91). Rong galt jahrzehntelang als "Modellkapitalist" Chinas und wird von der Führung gerne zur Wiederherstellung lange abgebrochener geschäftlicher Beziehungen nach vorne geschickt. -we-

*(15)

China nimmt zugunsten des Gesamtstaats Jugoslawien - und damit zugunsten Serbiens - Stellung

Die chinesische Berichterstattung macht um die Jugoslawienkrise einen weiten Bogen. Kaum findet man Äußerungen hierzu. Immerhin aber ist aus einer Stellungnahme des Zentralen Volksrundfunks deutlich geworden, wo die Regierung steht. Wörtlich heißt es in einem Kommentar (abgedruckt in MD Asien, 18.9.91, S.7): "Informationen der *Renmin ribao* zufolge sind in den letzten Tagen innerhalb der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien die bewaffneten Auseinandersetzungen eskaliert. Die Kämpfe fanden in größeren Gebieten statt. In der südkroatischen Stadt Vukowar haben kroatische bewaffnete Kräfte die dortigen Militärlager in Besitz genommen. Sie versuchten damit, an schwere Waffen und Munition heranzukommen. Die Volksarmee Jugoslawiens hat Flugzeuge eingesetzt und 15 schwere Lkws zum Transport der Waffen und Rüstungen zerstört. Vorgestern haben kroatische

bewaffnete Banden das Kommandostabsgebäude des 5.Luftwaffenkorps der jugoslawischen Volksarmee besetzt. Im Nordosten der Teilrepublik Kroatien haben Truppen der jugoslawischen Volksarmee militärische Aktionen eingeleitet, um ihren Nachschub und sonstige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Dabei haben sie die Blockade von seiten kroatischer bewaffneter Banden durchbrochen. Bis jetzt hat das Verteidigungsministerium der Teilrepublik Kroatien befohlen, sämtliche Lager, Kasernen und sonstige militärische Einrichtungen der Volksarmee Jugoslawiens in Kroatien zu blockieren und zu umzingeln."

Bei einem Besuch in Wien Anfang Oktober 1991 sprach sich der chinesische Außenminister Qian Qichen gegen den Einsatz ausländischer Truppen in Jugoslawien aus. Er sei dagegen, daß die Weltorganisation bewaffnete Verbände in andere Länder schicke. Eine solche Maßnahme hätte nur nach einem Waffenstillstand einen Sinn, wenn diese Truppen als "Kräfte zur Erhaltung des Friedens" eingesetzt würden. Bis jetzt habe aber keine Seite angeregt, ausländische Truppen zu entsenden (Mel-dung FAZ, 5.10.91). -we-

*(16)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den drei Baltenrepubliken

Am 7.September erklärte das chinesische Außenministerium, daß die VR China die Unabhängigkeit der drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen anerkenne. China sei bereit, freundschaftliche Beziehungen und bilaterale Zusammenarbeit mit diesen drei Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu entwickeln. In einem Beitrag vom 15.September 1991 kommentierte die *Renmin ribao* die Aufnahme offizieller Beziehungen mit den drei Staaten positiv, nachdem auch der neuerichtete sowjetische Staatsrat die Unabhängigkeit der Drei offiziell anerkannt habe. Der Stellvertretende Außenminister Tian Zengpei unterzeichnete am 11.September in Tallin ein chinesisch-estnisches Kommuniqué, am 12. in Riga ein chinesisch-lettisches Kommuniqué und am 14.September in Vilnius ein chinesisch-litauisches Kommuniqué. Die Regierungen der drei Länder erklärten in den Kommu-

niqués, daß sie die Regierung der Volksrepublik China als einzige legitime Regierung Chinas anerkannten. Taiwan sei ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums. China wolle die Aufnahme der drei Republiken bei der UNO unterstützen (XNA, 12. und 14.9.91).

Sehr wohl dürfte den Chinesen bei der Anerkennung dieser drei Staaten nicht gewesen sein. Denn was hier der Sowjetunion passiert ist - die Herauslösung von Republiken -, könnte sich eines Tages - zumindest in Ansätzen - auch in der VR China wiederholen.

Daß dann aber alles doch so schnell über die Bühne gegangen ist, dürfte u.a. seinen Grund darin gehabt haben, daß in aller Heimlichkeit die Republik China bei den Baltenländern vorgeführt und Beziehungen angeboten hatte. -we-

Innenpolitik

*(17)

Spitzentreffen von Reformern und orthodoxen Kräften über künftigen innen- und außenpolitischen Kurs

Einem Bericht in der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge kam Chinas höchster informeller politischer Führungskreis am 21. und am 25. September in der Partei- und Regierungszentrale Zhongnanhai zu einer Diskussion über die wichtigsten innen- und außenpolitischen Fragen zusammen (Zhengming, November 1991, S. 13). An dem informellen Treffen nahmen folgende Spitzenpolitiker teil (Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Rang des jeweiligen Politikers in der offiziellen hierarchischen Reihenfolge):

- 1) Deng Xiaoping, 1904 (2.)
- 2) Chen Yun, 1905, Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission (5.)
- 3) Yang Shangkun, 1907, Staatspräsident, 1. stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission, Mitglied des Politbüros (3.)
- 4) Peng Zhen, 1902 (8.)
- 5) Bo Yibo, 1908, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission (25.)